

Gesellschaftsvertrag

Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft Am Mellensee mit beschränkter Haftung

Fassung 26.03.2015

Am Mellensee, den

Inhaltsverzeichnis

Seite

§ 1 Firma und Sitz der Gesellschaft	3
§ 2 Gegenstand der Gesellschaft	3
§ 3 Stammkapital und Stammeinlagen	4
§ 4 Abtretung von Geschäftsanteilen	4
§ 5 Organe der Gesellschaft	4
§ 6 Rechtsgeschäfte mit Organmitgliedern	5
§ 7 Geschäftsführung	5
§ 8 Vertretung der Gesellschaft	6
§ 9 Sorgfaltspflichten der Geschäftsführer	6
§ 10 Beirat	6
§ 11 Aufgaben des Beirates	7
§ 12 Sitzungen und Beschlüsse des Beirates	8
§ 13 Gemeinsame Beratung von Geschäftsführung und Beirat	8.
§ 14 Gesellschafterversammlung	9
§ 15 Termin der Gesellschafterversammlung	9
§ 16 Einberufung der Gesellschafterversammlung	10
§ 17 Leitung der Gesellschafterversammlung und Beschlussfassung	11
§ 18 Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung	11
§ 19 Mehrheitserfordernisse	12
§ 20 Rechnungslegung	12
§ 21 Rücklagen	13
§ 22 Gewinnverwendung	13
§ 23 Verlustdeckung	13
§ 24 Offenlegung/Veröffentlichung/Vervielfältigung	14
§ 25 Mitgliedschaft in anderen Organisationen/Verbänden	14
§ 26 Prüfung der Gesellschaft	14
§ 27 Auflösung und Abwicklung der Gesellschaft	14

Gesellschaftsvertrag

der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft Am Mellensee

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

in 15838 Am Mellensee

§ 1

Firma und Sitz der Gesellschaft

Die Gesellschaft führt den Namen

Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft Am Mellensee

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH).

Sie hat ihren Sitz in 15838 Am Mellensee OT Sperenberg, Klausdorfer Chaussee 8b

§ 2

Gegenstand der Gesellschaft

(1) Zweck des Unternehmens ist die Bereitstellung von Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen.

(2) Die Gesellschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten und Beteiligungen an anderen Unternehmen zu erwerben oder zu halten.

(3) Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar und unmittelbar) dienlich sind.

§ 3

Stammkapital und Stammeinlagen

(1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 41.000,00 Euro (in Worten einundvierzigtausend Euro).

(2) Das Stammkapital wird in voller Höhe von der Gemeinde Am Mellensee gehalten und ist vollständig erbracht.

§ 4

Abtretung von Geschäftsanteilen

Über die Abtretung von Geschäftsanteilen sowie den Beitritt neuer Gesellschafter entscheidet die Gesellschafterversammlung.

§ 5

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind:

- a) die Geschäftsführung
- b) der Beirat
- c) die Gesellschafterversammlung

§ 6

Rechtsgeschäfte mit Organmitgliedern

Mit Mitgliedern der Geschäftsführung und Mitgliedern des Beirates darf die Gesellschaft Geschäfte und Rechtsgeschäfte nur abschließen, wenn die Gesellschafterversammlung dem Abschluss solcher Geschäfte zustimmt. Entsprechendes gilt bei Ehegatten, eingetragenen Lebenspartnern und weiteren nahen Angehörigen der Mitglieder der Geschäftsführung und des Beirates. Die Betroffenen sind nicht stimmberechtigt.

§ 7

Geschäftsführung

- (1) Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Die Gesellschafterversammlung kann beschließen, dass weitere Geschäftsführer bestellt werden.
- (2) Die Geschäftsführer werden von der Gesellschafterversammlung auf die Dauer von höchstens fünf Jahren bestellt. Eine wiederholte Bestellung ist für die Dauer von höchstens fünf Jahren zulässig. Sie bedarf eines erneuten Beschlusses, der frühestens ein Jahr vor Ablauf der bisherigen Amtszeit gefasst werden darf. Die Bestellung kann vorzeitig nur aus wichtigem Grund widerrufen werden.
- (3) Anstellungsverträge mit Geschäftsführern werden von der Gesellschafterversammlung auf die Dauer der Bestellung abgeschlossen. Sie können – auch im Falle des Widerrufs der Bestellung als Geschäftsführer – nur aus wichtigem Grund gekündigt werden.
- (4) Die Geschäftsführer dürfen ohne Einwilligung der Gesellschafterversammlung weder ein Handelsgewerbe betreiben noch im Geschäftszweig der Gesellschaft für eigene oder fremde Rechnung Geschäfte machen. Sie dürfen ohne Einwilligung auch nicht Mitglied des Vorstandes oder Geschäftsführer oder persönlich haftender Gesellschafter einer anderen Handelsgesellschaft sein. Die Einwilligung kann nur für bestimmte Handelsgewerbe oder bestimmte Arten von Geschäften erteilt werden. Im Übrigen gilt § 88 AktG entsprechend.
- (5) Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so gibt sich die Geschäftsführung eine Geschäftsordnung, die des Einvernehmens aller Geschäftsführer und der Zustimmung des Beirates bedarf.

§ 8

Vertretung der Gesellschaft

- (1) Der/die Geschäftsführer vertritt/vertreten die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so vertreten zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder ein Geschäftsführer gemeinschaftlich mit dem Prokuristen die Gesellschaft.
- (2) Der/die Geschäftsführer führen die Geschäfte der Gesellschaft selbstverantwortlich nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so können einzelne Geschäftsführer zur Vornahme bestimmter Geschäfte oder bestimmter Arten von Geschäften ermächtigt werden.
- (3) Der/die Geschäftsführer haben den Jahresabschluss und den Lagebericht (§20 des Gesellschaftsvertrags) zusammen mit dem Prüfbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach Eingang des Prüfberichtes der Gesellschafterversammlung

vorzulegen. Zeitgleich ist der Vorschlag für die Ergebnisverwendung (§§21-23 des Gesellschaftsvertrags) vorzulegen.

(4) Der/die Geschäftsführer haben dem Beirat regelmäßig über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu berichten.

(6) Der/die Geschäftsführer können durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom Verbot der Mehrfachvertretung nach § 181, zweiter Fall BGB, befreit werden.

§ 9

Sorgfaltspflichten des/der Geschäftsführer

Der/die Geschäftsführer haben in allen Angelegenheiten der Gesellschaft die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes anzuwenden. Geschäftsführer, die ihre Obliegenheiten verletzen, haften der Gesellschaft solidarisch für den entstandenen Schaden.

§ 10

Beirat

(1) Der Beirat besteht aus drei Mitgliedern. Die Beiratsmitglieder müssen Gemeindevertreter sein, die in Anlehnung an die Regelung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg durch die Gemeindevertretung entsandt werden. Das Vorschlagsrecht für diese Mitglieder obliegt dem Hauptverwaltungsbeamten. Die Tätigkeit im Beirat ist ehrenamtlich.

(2) Die Gesellschafterversammlung bestellt mit einfacher Mehrheit die Mitglieder des Beirates und beruft sie ab. Die Beiratsmitglieder werden von der Gesellschafterversammlung entsandt. Der Zeitraum der Mitgliedschaft entspricht der Legislaturperiode der Gemeindevertretung. Die Bestellung der Beiratsmitglieder kann vor Ablauf der Amtszeit von der Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen widerrufen werden.

(3) Dauernd verhinderte Beiratsmitglieder sind durch die Gesellschafterversammlung abuberufen und durch Andere zu ersetzen. Bei vorzeitigem Ausscheiden von Beiratsmitgliedern muss unverzüglich eine Gesellschafterversammlung zur Vornahme von Ersatzmitgliedern einberufen werden. Die Amtsdauer des an Stelle eines vorzeitig ausgeschiedenen Mitglieds beschränkt sich auf die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen.

(4) Jeder Gesellschafter ist berechtigt ein Mitglied in den Beirat zu entsenden. Bei mehr als drei Gesellschaftern ist die Anzahl der Beiratsmitglieder durch mit einfacher Mehrheit gefassten Beschluss zu erhöhen.

(5) Beiratsmitglieder können nicht zugleich Geschäftsführer sein.

(6) Der Beirat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

(7) Der Beirat soll sich eine Geschäftsordnung geben, die der Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedarf.

§ 11

Aufgaben des Beirates

(1) Der Beirat ist beratend tätig und steht als Sachverständiger der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung mit seinem Wissen und seiner Erfahrung zur Seite.

(2) Zu den Aufgaben gehören insbesondere:

- a) Beratung und Beaufsichtigung der Geschäftsführung,
- b) Einberufung der außerordentlichen Gesellschafterversammlung, wenn das Wohl der Gesellschaft es erfordert,
- c) in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung die Vorbereitung der Tagesordnung und der Vorlagen für die Gesellschafterversammlung
- d) Erarbeitung von Empfehlungen für die Gesellschafterversammlung

(3) Der Beirat ist berechtigt von der Geschäftsführung jederzeit eine Berichterstattung nach Maßgabe des § 90 Abs. 3, 4 und 5 Satz 1 und 2 AktG zu verlangen.

(4) Die Mitglieder des Beirates können die Ausübung ihrer Obliegenheiten nicht anderen Personen übertragen.

§ 12

Sitzungen und Beschlüsse des Beirates

(1) Der Beirat tritt mindestens zweimal im Kalenderjahr zusammen. Er wird entweder durch die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, den Vorsitzenden des Beirates oder auf Verlangen von mindestens zwei Beiratsmitgliedern einberufen. Die Ladung erfolgt schriftlich durch den Vorsitzenden des Beirates oder durch die Geschäftsführung mit einer Frist von mindestens vier Wochen unter Mitteilung der Tagesordnung.

(2) Entsprechend seiner Aufgabenstellung gibt der Beirat ausschließlich Empfehlungen.

(3) Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. Bei Stimmengleichheit gilt der Beschluss als abgelehnt.

(4) Über jede Sitzung des Beirates ist eine Niederschrift anzufertigen, die den wesentlichen Verlauf und die gefassten Empfehlungen wiedergibt.

(5) Die Geschäftsführer nehmen an den Sitzungen des Beirats teil, es sei denn, der Beirat beschließt anders.

§ 13

Gemeinsame Beratung von Geschäftsführung und Beirat

(1) Der Beirat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag der Geschäftsführung über die Verwendung des Bilanzgewinns zu prüfen und hierüber eine Empfehlung an die Gesellschafterversammlung abzugeben. In der Empfehlung hat der Beirat ferner zu erklären, ob nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung Einwendungen zu erheben sind und ob er den von der Geschäftsführung aufgestellten Jahresabschluss billigt.

§ 14

Gesellschafterversammlung

(1) Die Gesellschafter üben die ihnen in Angelegenheiten der Gesellschaft zustehenden Rechte gemeinschaftlich in der Gesellschafterversammlung durch Beschlussfassung aus.

(2) Je 5000,-- Euro eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Das Stimmrecht kann durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Bevollmächtigten ausgeübt werden.

§ 15

Termin der Gesellschafterversammlung

(1) Die ordentliche Gesellschafterversammlung hat spätestens bis zum 31.10. jeden Jahres in der Regel am Sitz der Gesellschaft stattzufinden.

(2) Die ordentliche Gesellschafterversammlung beschließt über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Ergebnisverwendung, soweit in §§ 22, 23 nicht anderes bestimmt ist. Auf Verlangen eines Gesellschafters hat der Abschlussprüfer an den Verhandlungen über die Feststellung des Jahresabschlusses teilzunehmen.

(3) Außerordentliche Gesellschafterversammlungen sind, abgesehen von den im Gesetz oder in diesem Vertrag ausdrücklich bestimmten Fällen, einzuberufen, wenn es im Interesse der Gesellschaft erscheint.

(4) Eine außerordentliche Gesellschafterversammlung muss unverzüglich einberufen werden, wenn

- a) sich aus der Jahresbilanz oder aus einer im Laufe des Geschäftsjahres aufgestellten Bilanz ergibt, dass die Hälfte des Stammkapitals verloren ist,
- b) die Zahl der Beiratsmitglieder unter die zur Beschlussfähigkeit des Beirates erforderliche Zahl sinkt (§ 12 Abs. 3),
- c) die Bestellung eines Geschäftsführers widerrufen oder ein Beiratsmitglied abberufen werden soll,

d) Gesellschafter, deren Geschäftsanteile zusammen mindestens dem zehnten Teil des Stammkapitals entsprechen, in einer von ihnen unterschriebenen Eingabe unter Angabe des Zwecks und der Gründe die Einberufung der Versammlung verlangen.

(5) Der Abhaltung einer Gesellschafterversammlung bedarf es nicht, wenn sich sämtliche Gesellschafter schriftlich mit der zu treffenden Bestimmung oder mit der schriftlichen Abgabe der Stimmen einverstanden erklären. (Umlaufbeschluss)

§ 16

Einberufung der Gesellschafterversammlung

(1) Die Gesellschafterversammlung wird in der Regel nach Abstimmung mit dem Beiratsvorsitzenden von den Geschäftsführern einberufen.

(2) Die Einladung zur Gesellschafterversammlung erfolgt schriftlich unter Angabe der Gegenstände der Tagesordnung an die Gesellschafter. Zwischen dem Tage der Gesellschafterversammlung und dem Tage der Absendung des die Einladung enthaltenden Schreibens muss ein Zeitraum von mindestens vier Wochen liegen. Dabei werden der Tag der Absendung und der Tag der Gesellschafterversammlung nicht mitgezählt.

(3) Gesellschafter, deren Geschäftsanteile zusammen mindestens dem zehnten Teil des Stammkapitals entsprechen, können in einer von ihnen unterschriebenen Eingabe unter Angabe des Zwecks und der Gründe die Einberufung der Gesellschafterversammlung verlangen.

In gleicher Weise sind sie berechtigt, unter Angabe des Zwecks und der Gründe über bestimmte, zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung gehörende Gegenstände, die Beschlussfassung und Aufnahme in die Tagesordnung zu verlangen.

(4) Beschlüsse können nur über Gegenstände der Tagesordnung gefasst werden. Nachträglich können Anträge auf Beschlussfassung, soweit sie zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung gehören, aufgenommen werden, wenn sie spätestens drei Tage vor der Gesellschafterversammlung in der in Absatz 2 festgesetzten Form bekannt gemacht worden sind. Dasselbe gilt für Anträge der Geschäftsführer oder des Beirates. Zur Beschlussfassung über die Leitung der Versammlung oder über den in der Versammlung gestellten Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung bedarf es keiner Ankündigung.

(5) Ist die Versammlung nicht ordnungsgemäß berufen oder sind die Gegenstände, über die nach der Tagesordnung ein Beschluss gefasst werden soll, nicht ordnungsgemäß angekündigt, so können Beschlüsse nur gefasst werden, wenn sämtliche Gesellschafter anwesend sind und keiner der Gesellschafter der Beschlussfassung widerspricht.

§ 17

Leitung der Gesellschafterversammlung und Beschlussfassung

- (1) Die Leitung der Gesellschafterversammlung hat der Vorsitzende des Beirats oder bei seiner Verhinderung der stellvertretende Vorsitzende. Sind beide verhindert, so hat ein Mitglied der Geschäftsführung die Versammlung zu leiten.
- (2) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist.
- (3) Auf Antrag kann die Gesellschafterversammlung mit einfacher Mehrheit beschließen, geheim durch Stimmzettel abzustimmen. Bei der Beschlussfassung zu § 18 f, g und h ist durch Stimmzettel geheim abzustimmen, wenn Gesellschafter, deren Geschäftsanteile zusammen mindestens dem zehnten Teil des Stammkapitals entsprechen, dieses auf Antrag eines Gesellschafters beschließen.
- (4) Bei Stimmenthaltung gilt die Stimme als nicht abgegeben, das Gleiche gilt im Falle schriftlicher Abstimmung bei Abgabe ungültiger oder ungeschriebener Stimmzettel. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
- (5) Bei Wahlen ist nur derjenige gewählt, der mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt.
- (6) Über die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die von dem Schriftführer und dem die Versammlung schließenden Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist. Bei Wahlen sind die Namen der vorgeschlagenen Personen und die Zahl der auf sie entfallenden Stimmen anzugeben.

§ 18

Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung beschließt über alle Angelegenheiten, die nicht durch zwingende Vorschriften des Gesetzes oder durch diesen Gesellschaftervertrag dem Beirat oder der Geschäftsführung anvertraut sind.

Die Gesellschafterversammlung beschließt somit insbesondere

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) und die Verwendung des Ergebnisses,
- b) Wahl und Beauftragung des Abschlussprüfers
- c) Bürgschaften, Gewährverträge, sonstige Sicherheiten für Dritte
- d) den Gesamtbetrag, bis zu dem Darlehen übernommen oder Schuldverschreibungen ausgegeben werden sollen,
- e) die Einziehung von Geschäftsanteilen,
- f) die Bestellung und Widerruf der Bestellung des/der Geschäftsführer sowie Abschluss, Änderung, Aufhebung oder Kündigung der Anstellungsverträge
- g) Entlastung des/der Geschäftsführer und des Beirats,
- h) die Bestellung und die Abberufung von Beiratsmitgliedern,
- i) die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Geschäftsführer oder Gesellschafter,
- j) die Änderung des Gesellschaftsvertrags,
- k) die Umwandlung der Gesellschaft,

- l) die Auflösung der Gesellschaft,
- m) die Geschäftsordnung des Beirats,
- n) die Aufnahme neuer Gesellschafter,
- o) Abschluss, Änderung und Aufhebung von Grundstücksgeschäften
- p) die Festsetzung des Wirtschaftsplans einschl. des Finanzplans.

§ 19

Mehrheitserfordernisse

- (1) Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung über
- a) die Abberufung von Beiratsmitgliedern (§ 18 Buchst. h),
 - b) die Änderung des Gesellschaftsvertrags (§ 18 Buchst. j),
 - c) die Umwandlung der Gesellschaft (§ 18 Buchst. k),
 - d) die Auflösung (§ 18 Buchst. l),
- bedürfen zu ihrer Gültigkeit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen (§ 17 Abs. 3, 4).
- (2) Ein Beschluss über die Umwandlung oder Auflösung der Gesellschaft kann nur gefasst werden, wenn mindestens die Hälfte aller Gesellschafter sowie die Hälfte des Stammkapitals in der Gesellschafterversammlung vertreten sind. Trifft das nicht zu, so ist mit einem Zwischenraum von mindestens zwei und höchstens vier Wochen unter Einhaltung der Einberufungsfrist eine weitere Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, die beschlussfähig ist, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.

§ 20

Rechnungslegung

- (1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr läuft vom Tage der Eintragung der Gesellschaft bis zum Ende des betreffenden Kalenderjahres.
- (2) Die Geschäftsführung hat dafür zu sorgen, dass das Rechnungswesen und die Betriebsorganisation die Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft gewährleisten.
- (3) Die Gesellschaft hat nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres einen Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) aufzustellen. Der Jahresabschluss muss den gesetzlichen Vorschriften über die Bewertung sowie über die Gliederung der Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen. Die vorgeschriebenen Formblätter sind zu beachten.
- (4) Zusammen mit dem Jahresabschluss hat die Geschäftsführung einen Lagebericht aufzustellen. Im Lagebericht sind zumindest der Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird; dabei ist auch auf die Risiken der künftigen Entwicklung einzugehen.

§ 21

Rücklagen

(1) Aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrags ist bei Aufstellung der Bilanz eine Rücklage zu bilden. In diese sind mindestens 10 % des Jahresergebnisses einzustellen, bis die Hälfte des Stammkapitals erreicht oder wieder erreicht ist. Diese Rücklage darf nur wie eine gesetzliche Rücklage des Aktienrechts verwandt werden. § 150 Abs. 3 und 4 AktG gelten entsprechend.

(2) Außerdem können bei der Aufstellung des Jahresabschlusses andere Gewinnrücklagen gebildet werden. Über die Einstellungen in und die Entnahmen aus den Gewinnrücklagen beschließt die Gesellschafterversammlung nach vorheriger gemeinsamer Beratung mit den Beirat und den Geschäftsführern.

§ 22

Gewinnverwendung

(1) Der Bilanzgewinn kann unter den Gesellschafter als Gewinnanteil verteilt werden. Er kann zur Bildung von anderen Gewinnrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden.

(2) Die Geschäftsführung ist nicht befugt, außerhalb eines von der Gesellschafterversammlung ordnungsgemäß gefassten Gewinnverteilungsbeschlusses den Gesellschaftern oder ihnen nahe stehende Personen oder Gesellschaften Vorteile irgendwelcher Art vertragsgemäß oder durch einseitige Handlungen zuzuwenden.

§ 23

Verlustdeckung

Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Gesellschafterversammlung über die Verlustdeckung zu beschließen, insbesondere darüber, ob und in welchem Umfange die Rücklage nach § 22 Abs. 1 heranzuziehen ist oder eine Herabsetzung des Stammkapitals erfolgen soll.

§ 24

Offenlegung/Veröffentlichung/Vervielfältigung

Für die Offenlegung, Veröffentlichung und Vervielfältigung des Jahresabschlusses mit dem Bestätigungsvermerk, des Lageberichts, des Vorschlags für die Verwendung des Ergebnisses und des Beschlusses über seine Verwendung unter Angabe des Jahresüberschusses oder Jahresfehlbetrags sind die §§ 325, 326, 327, 328 HGB anzuwenden.

§ 25

Mitgliedschaften in anderen Organisationen

Die Gesellschaft ist Mitglied des
Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.

§ 26

Prüfung der Gesellschaft

Wahl und Beauftragung des Abschlussprüfers erfolgt durch die Gesellschafterversammlung vgl. § 18 Pkt. O).

Der Abschlussprüfer soll auch die Prüfung nach § 53 Abs. 1 und 2 Haushaltsgrundsätzegesetz durchführen.

§ 27

Auflösung und Abwicklung der Gesellschaft

(1) Die Gesellschaft wird aufgelöst

- a) durch Beschluss der Gesellschafterversammlung,
- b) durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens.

(2) Für die Abwicklung sind die Bestimmungen des GmbH-Gesetzes maßgebend.